

Umverteilung und Sparen



BERICHT von Ferdinand Fichtner, Simon Junker und Carsten Schwäbe

Die Einkommensverteilung –
eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose 3

INTERVIEW mit Ferdinand Fichtner

»SOEP-Daten erhöhen die Qualität
von Konjunkturprognosen« 11

BERICHT von Hella Engerer und Manfred Horn

EU-Ölembargo gegen Iran wenig wirksam 12

AM AKTUELLEN RAND Kommentar von Gert G. Wagner

Rentenversicherungspflicht ausweiten 20



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
79. Jahrgang
31. Mai 2012

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Nicole Walter

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Jan Goebel
Katharina Pijnenburg

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 747649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Jahresende

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Westberliner Wirtschaftslage im April 1962

In diesen Lohnerhöhungen – die beträchtlich stärker waren als im Bundesgebiet und die für die Anziehungskraft West-Berlins auf westdeutsche Arbeitnehmer nur zu begrüßen sind – spiegelt sich deutlich die Verschärfung der Wettbewerbslage auf dem Arbeitsmarkt wider. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften – die, wenn sicher auch nur unvollkommen, im Stellenangebot zum Ausdruck kam (24 000 offene Stellen im April 1962 gegenüber 12 000 im April des vergangenen Jahres) – traf nach wie vor auf ein zu geringes Angebot. Die Zahl der Westberliner Arbeitslosen ging im April auf 13 000 zurück und erreichte damit bereits jetzt den absoluten Tiefststand während der Saisonspitze des vergangenen Jahres. Eine gewisse Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ergab sich durch westdeutsche Zuwanderer: Seit Jahresbeginn wurden monatlich etwa 1 000 westdeutsche Arbeitskräfte – und zwar überwiegend jüngere Menschen – auf Westberliner Arbeitsplätze vermittelt. Um aber den durch die Altersstruktur der Berliner Bevölkerung bedingten Rückgang des Arbeitskräftepotentials auszugleichen, bedarf es eines jährlichen Zustroms von 15 000 bis 20 000 Personen. Die große und steigende Zahl von Bewerbungen aus der Bundesrepublik läßt – vorausgesetzt, daß die Bereitstellung von Wohnraum in ausreichendem Maße gelingt – wohl eine weitere Erhöhung der Vermitteltenzahlen erwarten. Dennoch erscheint es im Interesse stärkeren Wachstums der Westberliner Wirtschaft unbedingt notwendig, nicht nur auf westdeutsche Arbeitskräfte zurückzugreifen, sondern auch die Arbeitsmarktreserven des gesamten westeuropäischen Raumes für West-Berlin zu nutzen.

Wochenbericht Nr. 22 vom 1. Juni 1962

Die Einkommensverteilung: Eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose

Autoren: Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Carsten Schwäbe

Die Entwicklung des privaten Verbrauchs ist eine entscheidende Größe bei der Erstellung makroökonomischer Prognosen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Als erklärende Variable für die Konsumententwicklung spielt damit auch die Ersparnisbildung der Haushalte eine zentrale Rolle, da die privaten Haushalte bei der Verwendung ihrer Einkommen zwischen Konsum und Ersparnis entscheiden müssen. Durch die Einbeziehung der Mikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) kann die Schätzung der Sparquote in den DIW-Konjunkturprognosen verbessert werden. Es zeigt sich, dass der deutliche Anstieg der Sparquote in den Jahren vor der Krise 2008/2009 auch auf die Umverteilung der Einkommen zurückzuführen ist. Während Bezieher vergleichsweise niedriger Einkommen ganz überwiegend Lohneinkommen oder Sozialleistungen beziehen, fließen den wohlhabenden Haushalten nicht nur höhere Lohneinkommen, sondern vor allem der Großteil der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögenseinkommen zu. Gerade letztere sind in den Jahren vor der Finanzkrise in die Höhe geschossen, wohingegen die Löhne nahezu stagniert haben. Kräftige Einkommenszuwächse sind also vor allem den Bevölkerungsteilen zugute gekommen, die besonders viel sparen. Hätten sich Lohn- und Gewinneinkommen gleichmäßiger entwickelt, so wäre die Konsumnachfrage in Deutschland stärker gewachsen. Für die kommenden zwei Jahre ist hingegen wegen der kräftig steigenden Löhne ein weiterer Anstieg der Sparquote unwahrscheinlich.

Der vorliegende Bericht stellt ein am DIW Berlin entwickeltes Verfahren vor, die Informationen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) über die Verteilung der Einkommen bei der Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote und damit auch bei der DIW-Konjunkturprognose zu berücksichtigen.¹ Dadurch ist es möglich, die Treffsicherheit und insbesondere die Konsistenz der geschätzten Sparquote mit anderen Variablen in der Prognose deutlich zu verbessern.

Die vierteljährliche DIW-Konjunkturprognose² enthält, aufbauend auf einer umfangreichen Analyse der aktuellen wirtschaftlichen Situation, eine detaillierte quantitative und qualitative Prognose der wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland. Die quantitative Prognose wird dabei im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erstellt, einem auf der volkswirtschaftlichen Kreislauftheorie aufbauenden Rechenwerk, das unter anderem die Bestimmung und Systematisierung der Entstehung, der Verteilung auf Einkommensarten und der Verwendung des Bruttoinlandsprodukts ermöglicht.³ Im Rahmen der VGR lässt sich das Bruttoinlandsprodukt etwa über die unterschiedlichen Verwendungskomponenten (Konsumausgaben, Bruttoinvestitionen, Außenbeitrag) oder die verschiedenen Einkommensarten (Arbeitnehmerentgelte, Unternehmens- und Vermögenseinkommen und andere) darstellen. Keine Informationen enthalten die

¹ Das SOEP ist eine repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte, die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 in Ostdeutschland jährlich durchgeführt wird. Vgl. Wagner, G. G., Göbel, J., Krause, P., Pischner, R., Sieber, I. (2008): Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP): Multidisziplinäres Haushaltspanel und Kohortenstudie für Deutschland – Eine Einführung (für neue Datennutzer) mit einem Ausblick (für erfahrene Anwender). AStA Wirtschafts- und Sozialstatistisches Archiv, Bd. 2, Heft 4, 301–328.

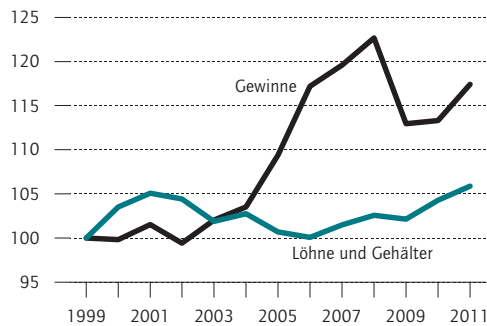
² Die DIW-Konjunkturprognosen („Grundlinien“) erscheinen in der Regel in der ersten Woche jeden Quartals im DIW Wochenbericht, siehe Fichtner, F. et al.: Deutsche Wirtschaft vor kräftigem Aufschwung. DIW Wochenbericht Nr. 14+15/2012.

³ Ausführlich zu den VGR zum Beispiel Statistisches Bundesamt (2011): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen: Wichtige Zusammenhänge im Überblick. www.destatis.de/DE/Methoden/Methodenpapiere/Methodenpapiere.html?nn=69170.

Abbildung 1

Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen¹

Index 1999 = 100



¹ Preisbereinigt mit dem Konsumdeflator.
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Seit der Jahrtausendwende haben die Gewinneinkommen kräftig zugelegt.

VGR allerdings über die personelle Verteilung der Einkommen; hierzu sind Daten auf Haushaltsebene erforderlich.

Neben der quantitativen Treffsicherheit – etwa im Vergleich zu einer im Nachhinein veröffentlichten Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts – ist die innere Konsistenz das zentrale Güte- und Qualitätsmerkmal der Prognose. So gibt es zwischen den unterschiedlichen in den VGR erfassten Größen theoretisch und empirisch gut begründete Zusammenhänge: Typisch ist beispielsweise ein enger Zusammenhang zwischen Investitions- und Importausgaben (da ein großer Teil der Importe aus Vorleistungsgütern besteht, die als Investitionen in der VGR verbucht werden) oder ein inverser Zusammenhang zwischen der Arbeitsproduktivität und den Lohnstückkosten (da eine steigende Produktivität die Lohnkosten für eine gegebene Ausbringungsmenge reduziert).

Eine schwierig zu prognostizierende Variable sind die privaten Konsumausgaben, denen gleichzeitig wegen ihres großen Umfangs (fast 60 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts) eine wichtige Rolle bei der verwendungsseitigen Bestimmung des Bruttoinlandsprodukts zukommt.⁴ Als erklärende Variable für den privaten Verbrauch können Vertrauens- und Stimmungsindi-

katoren zu Rate gezogen werden; der Zusammenhang ist aber in der Regel nicht sehr belastbar. Informativer ist es, ausgehend von der Einkommensentwicklung auf die Konsumausgaben zu schließen. Während steigende Einkommen typischerweise steigende Konsumausgaben nach sich ziehen, ist aber zu berücksichtigen, dass viele Faktoren die Ersparnisbildung der Haushalte und damit den privaten Verbrauch beeinflussen können.

So ist, obwohl die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im gesamtwirtschaftlichen Aggregat der VGR zwischen 2001 und 2008 mit einer durchschnittlichen Rate von 2,1 Prozent zugelegt haben, der private Verbrauch im gleichen Zeitraum lediglich um jahresdurchschnittlich 1,8 Prozent gewachsen. Entsprechend ist in der vergangenen Dekade die gesamtwirtschaftliche Ersparnisbildung – und damit die Sparquote – in Deutschland deutlich gestiegen.

Gleichzeitig war zu beobachten, dass der Anstieg der verfügbaren Einkommen wesentlich auf einem kräftigen Zuwachs bei den Selbständigen- und Vermögenseinkommen beruhte, während die gesamtwirtschaftlichen Lohneinkommen sich insbesondere ab 2002 dagegen so schwach entwickelt haben, dass zeitweise nicht einmal die Teuerungsrate ausgeglichen wurde. Preisbereinigt sind die Lohneinkommen also zeitweise zurückgegangen, während bei den Gewinneinkommen kräftige Zuwächse zu verzeichnen waren (Abbildung 1).

Zwischen dem Anstieg der Sparquote auf der einen und der relativen Entwicklung der unterschiedlichen Einkommensarten auf der anderen Seite wird vielfach ein Zusammenhang vermutet, aber selten quantifiziert.⁵ Einerseits ist zu beobachten, dass Selbständigen- und Vermögenseinkommen (Gewinneinkommen) vor allem einkommensstärkeren Bevölkerungsschichten zufließen, während die Lohneinkommen deutlich gleichmäßiger über alle Einkommensgruppen verteilt sind. Darauf weisen etwa die Mikrodaten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) hin. So flossen im Durchschnitt von 1995 bis 2010 den nach Haushaltseinkommen geschichteten unteren 95 Prozent der privaten Haushalte knapp 86 Prozent der Lohneinkommen zu, während sie nur 55 Prozent der Gewinneinkommen erhielten (Abbildung 2). Umgekehrt sind 14 Prozent der Lohneinkommen in die Taschen der Top-5-Prozent-Haushalte geflossen, aber 45 Prozent der Gewinneinkommen.

Gleichzeitig zeigen die Daten des SOEP, dass die Sparquote umso höher ist, je einkommensstärker die betrach-

⁴ Vgl. zu Konsumprognosen etwa Dreger, C., Kholodilin, K. (2011): Verbraucherumfragen für Konsumprognosen besser nutzen. DIW Wochenbericht Nr. 28/2011.

⁵ Vgl. etwa Brenke, K. (2011): Einkommensumverteilung schwächt privaten Verbrauch. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 8/2011; oder Klär, E., Slacalek, J. (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland – Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 40/2006.

tete Bevölkerungsgruppe ist. So liegt die durchschnittliche Sparquote der einkommensstärksten fünf Prozent der Haushalte nach den Mikrodaten bei gut 17 Prozent, während sie für die gesamte Population im Durchschnitt bei lediglich knapp elf Prozent liegt.

Ein starker Anstieg der Gewinneinkommen kommt also typischerweise vor allem den Teilen der Bevölkerung zu, die überproportional viel sparen. Die hier vorgestellte, am DIW Berlin entwickelte Modellierung und Prognose überträgt diesen in den Mikrodaten des SOEP beobachteten Zusammenhang auf die makroökonomischen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und ermöglicht damit eine Verwendung der haushaltsbezogenen Verteilungsinformationen aus dem SOEP in der Konjunkturprognose des DIW Berlin.

Konkret wird aus den Mikrodaten ein Zusammenhang zwischen dem Einkommen von Haushalten und ihrer spezifischen Sparquote abgeleitet. Auf Grundlage von Makroprognosen für die verschiedenen Einkommensarten (etwa die Nettolöhne und -gehälter oder die Selbständigen- und Vermögenseinkommen) in den VGR kann hieraus auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Sparquote geschlossen werden. Auf diese Weise trägt die Verwendung von Mikrodaten dazu bei, die Sparquote in den makroökonomischen Prognosen des DIW Berlin konsistent mit der Entwicklung der verschiedenen makroökonomischen Einkommensarten zu prognostizieren und kann so einen wichtigen Erklärungsbeitrag auch zur Entwicklung der Konsumnachfrage liefern.

Die Modellierung der VGR-Sparquote mit Mikrodaten

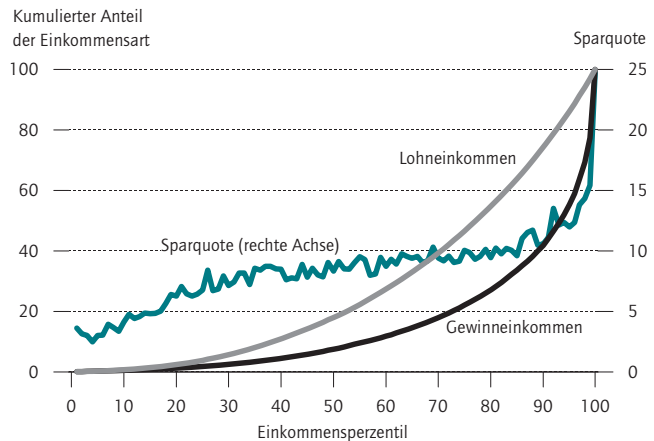
Bei der Verknüpfung der Mikrodaten des SOEP mit den Makrodaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ist zu beachten, dass es zu den nach VGR abgegrenzten Variablen in der Regel keine äquivalente Größe in Haushaltsbefragungen wie dem SOEP gibt. Vielmehr müssen typischerweise verschiedene SOEP-Variablen so aggregiert werden, dass eine den VGR entsprechende Abgrenzung erreicht wird.

Teilweise ist allerdings auch dadurch keine vollständige Entsprechung möglich. So entspricht die Sparquote, wie sie sich aus den Mikrodaten des SOEP ergibt, nicht in jeder Hinsicht der aus den VGR abgeleiteten Sparquote (Abbildung 3).⁶ Ursächlich hierfür ist in erster Linie, dass die SOEP-Erhebung explizit nach dem Be-

Abbildung 2

Verteilung von Lohn-, Gewinneinkommen und Sparquoten nach Einkommensgruppen

Durchschnittswerte¹ in Prozent



¹ Einkommen 1995–2010; Sparquote 2002–2009.
Quellen: SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

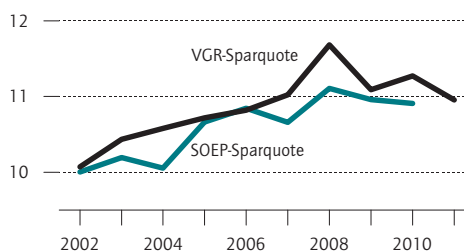
© DIW Berlin 2012

Gewinneinkommen kommen deutlicher als Lohnneinkommen besser verdienenden – und stärker sparenden – Einkommensgruppen zugute.

Abbildung 3

Sparquoten nach SOEP und VGR

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Sparquoten entwickeln sich parallel, in einzelnen Jahren gibt es aber recht deutliche Abweichungen.

trag fragt, der dem jeweiligen Haushalt am Ende des Monats zur Vermögensbildung „übrig bleibt“.⁷ Neben Messungenauigkeiten in den Antworten folgt vor allem

⁶ Vergleiche hierzu ausführlich auch Stein, U. (2009): Zur Entwicklung der Sparquoten der privaten Haushalte – Eine Auswertung der Haushaltsdaten des SOEP. SOEPpapers Nr. 249.

⁷ Die Frage lautet: „Bleibt Ihnen in der Regel monatlich ein gewisser Betrag übrig, den Sie sparen oder zurücklegen können, etwa für größere Anschaffungen, für Notlagen oder zur Vermögensbildung? Wenn ja, welcher Betrag etwa?“

Kasten

Einkommensverteilung und Sparquote: Ein Modell auf Mikrodatenbasis

Das hier entwickelte Modell stellt einen Zusammenhang zwischen Sparquote und Einkommensanteil einer Einkommensgruppe her. Es bildet also ab, dass ein steigender Anteil einer Einkommensgruppe an den Gesamteinkommen der Volkswirtschaft zu einem Anstieg der Sparquote in dieser Einkommensgruppe führt. Auf diese Weise können Veränderungen

der Einkommensverteilung zur Schätzung von konsistenten Änderungen in der Sparquote herangezogen werden.

Die Methode stützt sich auf ein lineares Modell; allerdings werden die Variablen vorab durch geeignete Transformationen näherungsweise linearisiert. Insbesondere können die Einkommensanteile über die Gruppen durch Logarithmierung hinreichend linearisiert werden. Die Daten – keine inhaltlichen Erwägungen – legen dann nahe, die Sparquote als Funktion dritten Grades (das heißt unter Einbeziehung der ersten, zweiten und dritten Potenz) abzubilden (vergleiche Abbildung für eine exemplarische Darstellung der Daten des Jahres 2005). Durch den kubischen Verlauf impliziert die Modellierung ein in den Daten zu beobachtendes extremeres Sparverhalten an den Rändern der Verteilung: In den untersten Einkommensperzentilen ist die Sparquote überproportional niedrig, während sie in den obersten Einkommensperzentilen außergewöhnlich hoch ist.

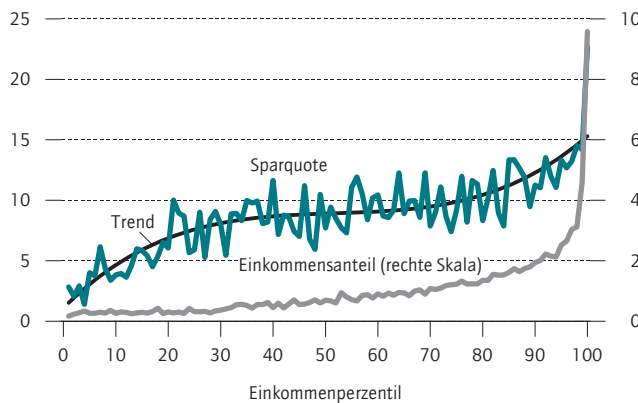
Das verwendete Modell (pooled regression) stellt sich also wie folgt dar:

$$s_t^i = c + \alpha_1 \log(y_t^i) + \alpha_2 (\log(y_t^i))^2 + \alpha_3 (\log(y_t^i))^3 + \epsilon_t^i,$$

wobei t die Periode (Jahr), i die Einkommensgruppe, s die Sparquote und y den Anteil der jeweiligen Einkommensgruppe an den gesamtwirtschaftlichen Einkommen bezeichnet.

Der Fit des Modells ist mit einem R^2 von 0,76 ausreichend. Auch die Residuen weisen über die Gruppen, vor allem aber über die Zeit nur einen geringen Bias auf.

Abbildung

Sparquote und Einkommensverteilung im Jahr 2005
In Prozent

Quellen: SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

aus der Fragestellung, dass die Sparbeträge im SOEP nicht negativ sein können. Ein Entsparen, also das Auflösen bestehender Ersparnisse, das zu einer niedrigeren durchschnittlichen Sparquote führen würde, ist im Gegensatz zu den VGR nicht vorgesehen. Umgekehrt ist in den VGR die Tilgung von Krediten als Sparleistung enthalten, die in den im SOEP angegebenen Werten nicht berücksichtigt sind.

Gegeben die teilweise deutlichen Unterschiede zwischen Mikro- und Makroebene ist ein rein auf Mikrodaten basierendes Verfahren für Prognosezwecke nicht ausreichend: Da es keine direkte Entsprechung zwischen Mikro- und Makrodaten gibt, muss die Lücke durch ein geeignetes Verfahren überbrückt werden.

Dabei kann sich die hier vorgestellte Methode darauf stützen, dass die im SOEP beobachteten Zusammen-

hänge auf der Mikrodatenebene über die Zeit relativ stabil sind. So bleibt beispielsweise die Verteilung der verschiedenen Einkommensarten über die Zeit im Wesentlichen unverändert; der Anteil der Gewinneinkommen beispielsweise, der den einkommensstärksten fünf Prozent der Haushalte zufließt, lag in den letzten Jahren durchgehend zwischen 45 und 50 Prozent. In den Mikrodaten beobachtete Anteile und Quoten können also unproblematisch auf die Makrodaten und damit auf die Prognose übertragen werden.

Diese intertemporale Stabilität löst auch das Problem, dass die SOEP-Daten aufgrund des Befragungsmodus mit einer zeitlichen Verzögerung und nur als Jahresdaten vorliegen. Sie unterscheiden sich also hinsichtlich der Frequenz von den vierteljährlichen VGR-Daten und sind für typische Prognosezwecke eigentlich zu alt. Da die hier vorgestellte Methode aber lediglich

auf in den Mikrodaten über die Zeit relativ stabile Zusammenhänge abstellt, lassen sich die im SOEP enthaltenen Verteilungsinformationen durch einfache Mittelwertbildung über den Prognosezeitraum und unterjährig erweitern.

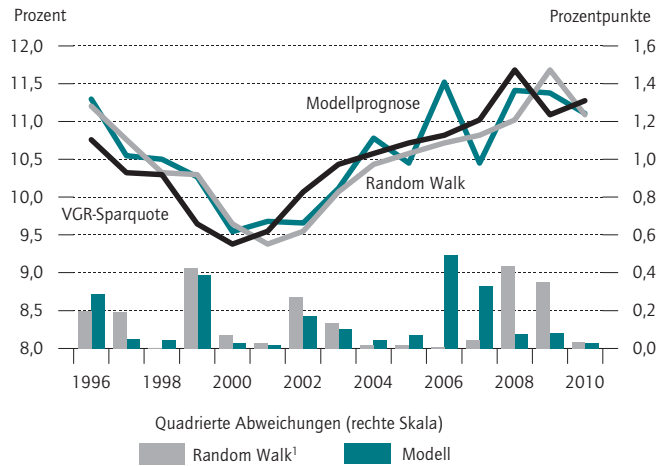
Zur Analyse der Sparentscheidung mit Hilfe des SOEP⁸ werden die befragten Haushalte zunächst nach der Höhe ihres gesamten Nettoeinkommens in 100 Gruppen (Perzentile) aufgeteilt.⁹ Für jede Einkommensgruppe werden anhand der Angaben zum Sparen eines Haushalts im SOEP Zeitreihen für die durchschnittliche Sparquote und den Anteil der jeweiligen Gruppe an den gesamten verfügbaren Einkommen ermittelt. Auf Grundlage dieser Daten kann ein Modell geschätzt werden, das die (SOEP-)Sparquote als Funktion der relativen Einkommen abbildet (Kasten). Außerdem stehen im SOEP Daten zur Verfügung, um Zeitreihen für den Anteil der einzelnen abgefragten Einkommensarten (Lohneinkommen, Selbständigen- und Vermögenseinkommen, Transfereinkommen) am Gesamteinkommen der Haushalte in der jeweiligen Gruppe zu ermitteln. Diese Informationen werden für die Verknüpfung mit den Makrodaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benötigt.

Auf Grundlage der aus dem SOEP abgeleiteten Anteile können die aggregierten Einkommensgrößen aus den VGR auf unterschiedliche Einkommensgruppen heruntergebrochen werden.¹⁰ Auf diese Weise wird berücksichtigt, dass die unterschiedlichen auf der Makro-Ebene beobachteten und im Rahmen der DIW-Prognose bestimmten Einkommensarten der VGR – wie die Nettolöhne und -gehälter (kurz: Lohneinkommen) oder die Betriebsüberschüsse, Selbständigen- und Vermögenseinkommen (kurz: Gewinneinkommen) – verschiedenen Einkommensgruppen in unterschiedlichem Maß zugutekommen. So tragen die Gewinneinkommen, wie oben beschrieben, in überproportionaler Weise zu den Hocheinkommen bei, während Einkommen im unteren oder mittleren Bereich kaum Gewinneinkommen enthalten, sondern vorwiegend Lohn- und Transfereinkommen.

Durch Summierung ergeben sich aus den verschiedenen Einkommensbestandteilen die gesamten verfügbaren Einkommen aufgeteilt nach Einkommensgruppen. Damit ist ein Zusammenhang hergestellt zwischen der Entwicklung der prognostizierten gesamtwirtschaftlichen (VGR-)Einkommensarten und der Entwicklung

Abbildung 4

Vergleich unterschiedlicher Schätzungen für die Sparquote



1 Die Sparquote ist im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Quellen: Statistisches Bundesamt; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Das Modell spiegelt den Verlauf der Sparquote vielfach besser wider als eine einfache Übernahme der Vorjahreswerte (Random Walk).

der Einkommen der unterschiedlichen Einkommensperzentile. Mithin liegt damit eine mit den historischen Mikrodaten und der makroökonomischen Prognose konsistente Verteilungsprognose vor.

Mit Hilfe des geschätzten Modells für die einkommensabhängige Sparquote kann dann eine mit der Verteilungsprognose konsistente Ersparnisbildung im VGR-Kontext abgeleitet werden. Abbildung 4 vergleicht die vom Modell prognostizierte Sparquote mit den tatsächlichen Werten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Modellprognose erweist sich einem uninformierten *Random Walk*, also der Annahme einer Konstanz der Sparquote im Vergleich zum Vorjahr, sichtbar überlegen. Insbesondere die kräftigen Anstiege der Sparquote zwischen 2000 und 2006 werden von dem Modell korrekt aus der Entwicklung der unterschiedlichen Einkommensarten abgeleitet. Entsprechend sind die quadrierten Abweichungen zwischen der Modellschätzung und dem VGR-Ist-Wert gerade in dieser Phase deutlich geringer als bei einer unterstellten Konstanz der Sparquote. Aus dem Rahmen fallen vor allem die Schätzungen für 2006 und 2007, die deutlich an den Ist-Zahlen vorbeigehen. Das Modell greift dabei einen außergewöhnlich kräftigen Zuwachs der Vermögenseinkommen im Jahr 2006 und eine relativ schwache Entwicklung im Jahr 2007 auf. Der Einfluss dieser Umverteilungen auf die Sparquote wird vom Modell offensichtlich überschätzt. Dennoch ist das Modell insge-

⁸ Genutzt wurden die Daten der Version 27 des SOEP (doi:10.5684/soep.v27).

⁹ Verwendet wird das Netto-Haushaltseinkommen des Vorjahres aus der SOEP-Befragung.

¹⁰ Die Quoten sind über die Zeit hinreichend stabil. Für die Fortschreibung bis zum Ende des Prognosezeitraums kann daher ein Mittelwert der letzten fünf Jahre zugrunde gelegt werden.

samt durchaus geeignet, Trendänderungen beim Verlauf der Sparquote korrekt abzubilden und kann damit einen wichtigen Beitrag zu Treffsicherheit und Konsistenz der Prognose liefern.

Aktuelle Entwicklung der Sparquote: Trendwende geschafft?

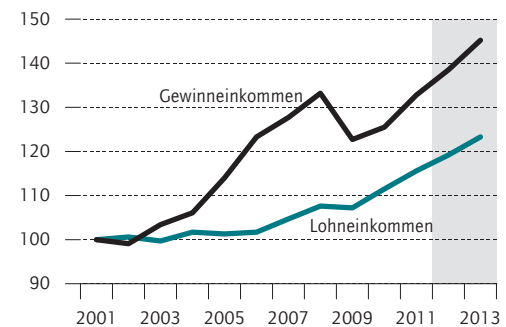
In diesem wie auch im kommenden Jahr dürften die verfügbaren Einkommen der Haushalte recht kräftig steigen, um 3,2 beziehungsweise 3,4 Prozent, und damit um über einen Prozentpunkt mehr als im Durchschnitt der Vorkrisenjahre 2001 bis 2008.¹¹ Dabei entwickeln sich die Nettolöhne weitgehend parallel zum Gesamttaggregat – anders als zwischen den Jahren 2001 und 2008, als sie im Durchschnitt rund 0,8 Prozentpunkte pro Jahr hinter dem Anstieg der verfügbaren Einkommen zurückblieben. Dagegen hatten sich im selben Zeitraum die Gewinneinkommen rasant entwickelt. Sie legten zwischen 2001 und 2008 um ein Drittel zu, wohingegen die Nettolöhne und -gehälter lediglich um insgesamt 7½ Prozent stiegen; und dieser magere Lohnanstieg fand fast ausschließlich in den beiden letzten Vorkrisenjahren 2007 und 2008 statt, vorher stagnierten die Löhne weitgehend (Abbildung 5). Auch 2012 und 2013 werden die Gewinneinkommen kräftiger steigen als die Löhne, aber der Unterschied bei den Zuwächsen dürfte nicht mehr so groß ausfallen wie früher.

Die Bezieher von Lohneinkommen profitieren nun also stärker als bisher vom Wirtschaftswachstum in Deutschland; es kommt ein größerer Teil des Einkommenszuwachses bei einer breiteren Schicht der Bevölkerung an: Laut SOEP entfallen auf die unteren 90 Prozent der Haushalte knapp drei Viertel der gesamten Lohneinkommen, während ihnen nicht einmal annähernd die Hälfte der Gewinneinkommen zufließt. Da nun die Entwicklung der Löhne nicht mehr so weit hinter derjenigen der Gewinneinkommen zurückfällt, dürfte die seit Jahren anhaltende Verschiebung der Einkommen zugunsten der oberen zehn Prozent (und insbesondere zugunsten der oberen fünf Prozent) der Haushalte zumindest abgebremst werden, wenn nicht gar allmählich zum Stillstand kommen (Abbildung 6).

Das hier vorgestellte Verfahren bestätigt, dass mit Blick auf die prognostizierte Entwicklung der unterschiedlichen Einkommensarten nicht mit einem weiteren Anstieg der Sparquote zu rechnen ist. Allerdings wird der aus dem gleichmäßigen Verlauf der Lohn- und Gewinneinkommen ergebende Abwärtsdruck auf die Sparquo-

Abbildung 5

Lohn- und Gewinneinkommen Index 2001=100



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

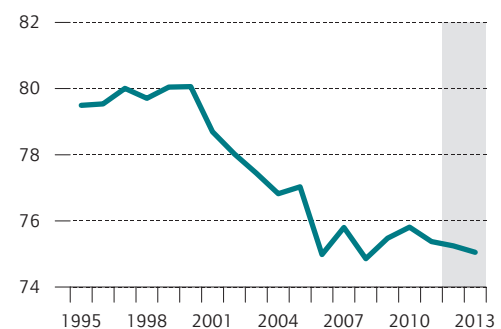
2012 und 2013 dürften die Löhne fast so stark zulegen wie die Gewinneinkommen. Vor der Krise war das nicht der Fall.

te durch andere – nicht im Rahmen des hier vorgestellten Modells abgebildete – Effekte überlagert. So führt die Verunsicherung der Haushalte wegen der Krise im Euroraum weiterhin zu etwas gesteigerter Ersparnisbildung (Vorsichtssparen). Entsprechend ist in der aktuellen Prognose des DIW Berlin kein deutlicher Rückgang der Sparquote unterstellt.

Abbildung 6

Anteil der unteren 95 Prozent der Einkommensbezieher an den Gesamteinkommen

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Die Verschiebung der Einkommen zulasten der schwächeren Einkommensbezieher lässt deutlich nach.

¹¹ Vergleiche zur aktuellen Prognose des DIW Berlin Fichtner, F., Junker, S. et al. (2012), a. a. O.

Kontrafaktische Entwicklung der Sparquote

Wie beschrieben ist die in den letzten Jahren zu beobachtende Einkommensverschiebung zugunsten der Hochverdiener – und damit auch der gesamtwirtschaftliche Anstieg der Sparquote – maßgeblich durch die kräftige Gewinnentwicklung getrieben worden. Im Folgenden wird untersucht, welche Sparquote sich ergeben hätte, wenn alle Einkommensarten mit der Rate der verfügbaren Einkommen gestiegen wären, es also nicht zu den im letzten Jahrzehnt beobachteten Umverteilungen zugunsten der Gewinneinkommen gekommen wäre. Konkret bedeutet dies die Annahme deutlich gedämpfterer Zuwächse bei den Gewinneinkommen und höherer Wachstumsraten bei den Lohneinkommen.

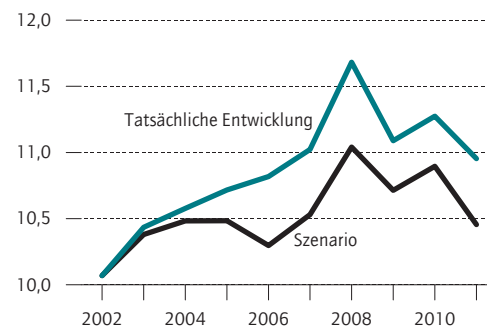
Durch die im Szenario unterstellte gleichmäßige Entwicklung der Einkommen wird die überproportionale Einkommensmehrung bei den Hocheinkommensbeziehern deutlich gedämpft. Es findet zwar weiterhin eine Umverteilung statt, da auch bei über die Einkommensarten gleichmäßigen Steigerungen die Hochverdiener überdurchschnittliche Einkommenserhöhungen erzielen. So verzeichnen diese etwa die höchsten Zuwächse bei den Lohneinkommen und können daher trotz des gleichmäßigeren Verlaufs nach Einkommensarten immer noch eine relative Verbesserung ihrer Einkommenssituation verzeichnen. Im Vergleich zur Realität steigen im Szenario aber die Gewinneinkommen weniger stark und die Lohneinkommen steigen auch für die unteren Einkommensklassen stärker, sodass die relativen Einkommenszuwächse am oberen Rand weniger stark ausgeprägt sind. Damit erhöht sich die Sparneigung der Hocheinkommensbezieher weniger deutlich, als dies in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Zudem kommt die hier unterstellte Entwicklung den unteren und mittleren Einkommensgruppen zugute, die tendenziell eine niedrigere Sparquote haben.

Beide Effekte bewirken, dass die Sparquote in dem hier vorgestellten Szenario merklich schwächer ansteigt. Dass sie dennoch steigt, liegt daran, dass Hocheinkommensgruppen – aufgrund des hohen Anteils der ihnen zufließenden Gewinneinkommen – nach wie vor überproportional partizipieren und zudem durch gesetzliche Änderungen zur Förderung der privaten Altersvorsorge stärkere Anreize zur Ersparnisbildung gesetzt wurden. Aber durch eine gleichmäßige Entwicklung aller Einkommensarten werden die Bezieher niedrigerer Einkommen nicht mehr in dem Maße abgehängt. In der Folge bewegt sich diese kontrafaktische gesamtwirtschaftliche Sparquote durchweg auf einem deutlich niedrigeren Niveau als die tatsächliche (Abbildung 7). In der Spitze unterscheiden sich beide Quoten sogar um

Abbildung 7

Sparquote bei tatsächlicher und gleichmäßiger Entwicklung der Einkommensarten

In Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; SOEP v27; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2012

Bei gleichmäßigem Zuwachs der Lohn- und Gewinneinkommen wäre der Anstieg der Sparquote wesentlich geringer ausgefallen als tatsächlich beobachtet.

0,64 Prozentpunkte. Dies hätte zusätzlichen Konsum in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro pro Jahr beziehungsweise über fünfzig Milliarden Euro zusätzlichen Konsums insgesamt im Zeitraum zwischen 2002 und 2011 bedeutet.

Fazit

Die vorliegende Analyse hat gezeigt, wie makroökonomische Konjunkturprognosen von der gezielten Einbeziehung von mikroökonomischem Datenmaterial profitieren können. Die Verwendung von personellen oder haushaltsbezogenen Verteilungsinformationen, wie sie in Mikrodaten wie dem Sozio-oekonomischen Panel vorliegen, kann beispielsweise bei der Erklärung der Sparquote – und damit indirekt auch bei der Erklärung der Konsumnachfrage als entscheidender Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts – hilfreich sein.

Die verwendeten Mikrodaten erlauben eine Quantifizierung des Effekts, dass kräftige Zuwächse bei den Gewinneinkommen wegen der damit verbundenen Einkommenszuwächse vor allem im Hocheinkommensbereich tendenziell zu einer steigenden durchschnittlichen Sparquote führen. Im Rahmen des vorliegenden Berichts wurde eine am DIW Berlin entwickelte Methodik vorgestellt, die eine Übertragung dieser Erkenntnis auf die Makrodaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ermöglicht und so für eine erhöhte Konsistenz und Treffsicherheit von Prognosen sorgen kann.

Eine Anwendung der Methode zeigt, dass die Ungleichheit der Einkommensverteilung in den Vorkrisenjahren zugenommen hat und hiermit tatsächlich eine stärkere Ersparnisbildung und damit schwächere Konsumnachfrage im Vergleich zu einer gleichmäßigeren Entwicklung einhergegangen ist. Da in den Jahren vor der Krise 2008/2009 die Lohneinkommen kaum zugelegt haben, während Gewinneinkommen in die Höhe geschossen sind, haben vor allem Bezieher letzterer Einkommen vom Wirtschaftswachstum profitiert. Dies sind vor allem die wohlhabendsten Haushalte, die einen großen Teil ihres Einkommens sparen. Eine gleichmäßigere

Entwicklung von Lohn- und Gewinneinkommen hätte zusätzlichen Konsum in Höhe von bis zu zehn Milliarden Euro im Jahr freigesetzt und das Wachstum in Deutschland so auf ein breiteres Fundament gestellt.

In den kommenden zwei Jahren dürften kräftige Lohnsteigerungen entsprechend stärker den Empfängern mittlerer Einkommen zugute kommen. Im Ergebnis bremst dies den bisherigen Aufwärtstrend beim Sparverhalten: Die Sparquote wird wohl auf dem Wert des vergangenen Jahres verharren, was gemeinsam mit den Lohnzuwächsen den privaten Verbrauch beflügeln wird.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Simon Junker ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIW Berlin | sjunker@diw.de

Carsten Schwäbe war Praktikant am DIW Berlin

JEL: E21, E25, D31, D12

Keywords: private consumption, saving rate, income distribution, economic projections



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

»SOEP-Daten erhöhen die Qualität von Konjunkturprognosen«

1. Herr Fichtner, die Einkommensverteilung soll erstmals in die Konjunkturprognose einbezogen werden. Warum? Die Einkommensverteilung enthält wichtige Informationen darüber, wie viel die Haushalte im Durchschnitt sparen. Wenn die viel verdienenden Haushalte überproportional von Einkommenszuwächsen profitieren, steigt der Durchschnitt der gesamtwirtschaftlichen Sparquote, und damit sinkt die gesamtwirtschaftliche Konsumnachfrage. Das ist eine ganz wichtige Information für die Prognose, weil die Konsumnachfrage mit 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts die entscheidende Nachfragekomponente in Deutschland ist.
2. Ist mit einem weiteren Ansteigen der Sparquote zu rechnen? Die Hochverdiener sparen einen relativ großen Anteil ihrer Einkommen. Dieser Effekt ist jedoch in den kommenden zwei Jahren von untergeordneter Bedeutung. Daher rechnen wir damit, dass die Sparquote zunächst nicht weiter steigen wird, sondern tendenziell sogar leicht zurückgehen könnte. Das wird bis zu einem gewissen Grade wieder dadurch kompensiert, dass die Menschen aufgrund der Eurokrise etwas nervös sind und aus Vorsicht vielleicht etwas mehr sparen. Aber für sich betrachtet spricht die Entwicklung der Einkommensverteilung dafür, dass die Sparquote leicht zurückgeht.
3. Um den Einfluss der Einkommensverteilung auf die Konjunktur zu untersuchen, sollen Daten des SOEP in die Konjunkturprognose integriert werden. Welche Schwierigkeiten sind damit verbunden? Das zentrale Problem ist, dass das Sozio-oekonomische Panel mit völlig anderen Abgrenzungen arbeitet als die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in deren Rahmen wir Prognostiker arbeiten. Die Sparquote, wie sie sich aus dem SOEP ergibt, hat mit der Sparquote in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur mittelbar etwas zu tun. Unsere Herausforderung war, eine Verknüpfung zu schaffen zwischen der Sparquote im SOEP und der Sparquote in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
4. Die Daten des SOEP werden über längere Zeiträume erhoben. Sind sie damit nicht zu alt für eine aktuelle Konjunkturprognose? Tatsächlich hätte man befürchten können, dass sich die Daten des SOEP in der Zeit so verändern, dass sie für uns am aktuellen Rand nur relativ wenig Informationsgehalt haben. Das hat sich aber nicht herausgestellt. Im Gegenteil sind die von uns verwendeten Zusammenhänge über die Zeit recht konstant und können relativ direkt in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen übertragen werden. Wir können also unser Modell auf einen langen Zeitraum stützen, weil die zugrunde liegenden Mechanismen relativ konstant sind.
5. Inwieweit wird die Einbeziehung der Einkommensverteilung die Genauigkeit der Konjunkturanalysen erhöhen? Die Genauigkeit der Konjunkturprognose, gemessen an der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, dürfte sich dadurch nicht wesentlich ändern. Was man aber erwarten kann, ist, dass die Prognose in bestimmten Teilbereichen an Qualität gewinnt. Dabei bemisst sich Qualität nicht nur nach der numerischen Treffsicherheit, sondern auch nach den inneren Zusammenhängen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.
6. Ist dieses Verfahren, das Sie entwickelt haben, ein Alleinstellungsmerkmal des DIW Berlin? Unseres Wissens gibt es bisher keine funktionierenden Modelle, die auf Grundlage von Mikrodaten versuchen, Verteilungsinformationen in die Konjunkturprognose einzubeziehen. Da haben wir am DIW Berlin natürlich einen Vorteil, weil das SOEP hier bei uns im Haus ist und wir kluge Kollegen haben, mit denen wir Rücksprache halten können. Insofern möchte ich das durchaus als Alleinstellungsmerkmal bezeichnen. Ich denke auch, dass man mit einem weiteren Ausbau von Verteilungsaspekten in der Konjunkturprognose die Position des DIW auf dem ohnehin umkämpften Markt für Konjunkturprognosen weiter ausbauen kann.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

EU-Ölembargo gegen Iran wenig wirksam

Von Hella Engerer, Manfred Horn

Die Anrainerstaaten des Persischen Golfs sind mit etwa 40 Prozent der weltweiten Exporte die bei weitem wichtigste Anbietergruppe auf dem Weltrohölmarkt. Nach Europa gehen etwa 13 Prozent der Rohölausfuhren der Golfstaaten und sechs Prozent der Ausfuhren an Erdölprodukten. Von den Golfstaaten ist der Iran bei Rohöl vor Saudi-Arabien und dem Irak der größte Lieferant Europas.

Die EU hat Anfang 2012 mit Wirkung zum 1. Juli 2012 ein Ölembargo gegen den Iran beschlossen. Vom Embargo betroffen sind etwa ein Drittel der iranischen Rohölexporte. Bereits im April hat der Iran auf dieses Embargo reagiert, indem er seine Öllieferungen nach Europa reduziert hat. Da vor allem Russland, China, Indien und die Türkei das Ölembargo der EU ablehnen, dürfte der Iran alternative Absatzwege für einen Großteil seines bisher nach Europa gelieferten Öls finden. Europa könnte Lieferungen aus dem Iran weitgehend durch Bezüge aus anderen Quellen ersetzen. Wesentlich gravierender wären die Auswirkungen, wenn der Iran im Falle einer militärischen Zuspitzung des Konfliktes versuchen würde, die Meerenge von Hormus zu sperren und damit die Ölexporte der anderen Golfstaaten – vor allem Saudi-Arabiens – zu blockieren. Dadurch ausgelöste Verknappungen beziehungsweise im Vorfeld geschürte Ängste könnten einen drastischen Anstieg der Ölpreise auslösen.

Größe und Wirtschaftskraft der Anrainerstaaten des Persischen Golfs (Bahrain, Iran, Irak, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate)¹ sind sehr unterschiedlich (Karte): Der Iran ist mit rund 75 Millionen Einwohnern vor dem Irak das bevölkerungsreichste Land der Golfregion. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist Saudi-Arabien die größte Volkswirtschaft, gefolgt vom Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (Abbildung 1). Anders stellt sich die Rangfolge gemessen am jährlichen Pro-Kopf-Einkommen der Länder dar (Abbildung 2): Am unteren Ende der Skala rangieren mit deutlichem Abstand zu den übrigen Ländern der Irak (2 056 US-Dollar) und der Iran (4 922 US-Dollar). Das höchste Pro-Einkommen hat Katar mit 59 544 US-Dollar.

In Folge der weltweiten Krise gingen die Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in den meisten Golfstaaten im Jahr 2009 deutlich zurück (Abbildung 3). Nach der Krise haben in vielen Ländern (Katar, Saudi-Arabien, Kuwait und Irak) die Wachstumsraten wieder spürbar angezogen, nicht jedoch im Iran (2,5 Prozent) und in Bahrain (1,5 Prozent).

Die Erlöse aus Ölexporten sind – mit Ausnahme Bahrains – die entscheidende Einnahmequelle der Golfstaaten. Sie erreichten im Jahr 2010 – gemessen an den jeweiligen Erlösen der Gesamtexporte – Anteile zwischen 40 Prozent (Katar, Irak) und 93 Prozent (Kuwait). Der Iran liegt mit zuletzt 60 Prozent im Mittelfeld. Infolge der weltweiten Krise gingen in den meisten Golfstaaten die Erlöse aus Rohöl- und Mineralölexporten zurück. Sie sind im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr zwischen 32 Prozent (Katar) und 43 Prozent (Kuwait) gesunken. Bei gestiegenem Ölpreis haben nach vorläufigen Angaben die Erlöse aus Mineralölexporten bis Ende 2011 zumindest wieder das Niveau von 2008 erreicht.

¹ Alle Länder außer Bahrain sind Mitglieder der OPEC.

Karte

Staaten des Nahen und Mittleren Osten



Quellen: stepmap.de; Darstellung des DIW Berlin.

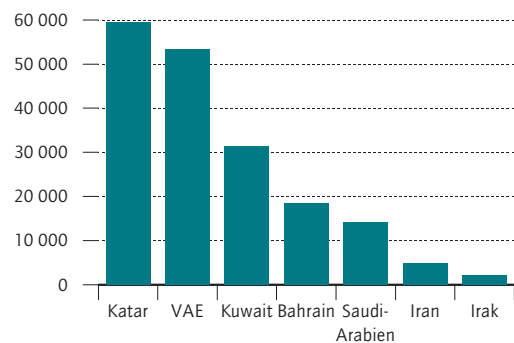
© DIW Berlin 2012

Die Straße von Hormus ist die Hauptroute für Ölexporte aus dem Persischen Golf.

Abbildung 2

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2009

In US-Dollar



Quelle: IMF World Economic Outlook Database, September 2011.

© DIW Berlin 2012

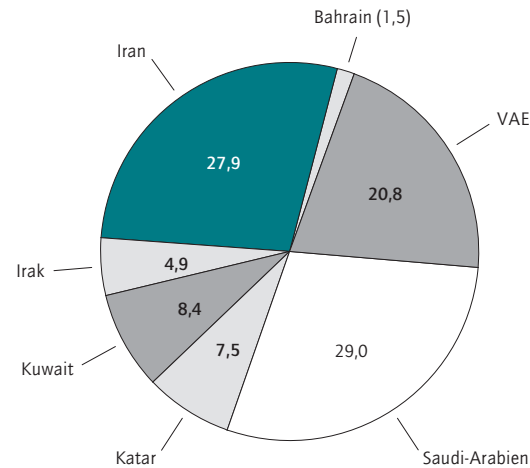
Das Pro-Kopf-Einkommen ist in den kleinen Volkswirtschaften am höchsten.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat sich auch auf die ausländischen Direktinvestitionen in der Golfregion ausgewirkt. Insgesamt waren sie in diesen Ländern bis 2008 deutlich gestiegen. In Folge der Krise hielten sich

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt der Golf-Anrainer-Staaten 2009

Anteile in Prozent



Quelle: IMF World Economic Outlook Database, September 2011.

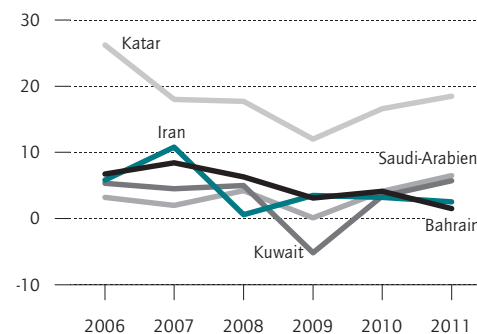
© DIW Berlin 2012

Saudi-Arabien und der Iran sind die größten Volkswirtschaften am Golf.

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt der Golf-Anrainer-Staaten

Jährliche Veränderung in Prozent



Quelle: IMF World Economic Outlook Database, September 2011.

© DIW Berlin 2012

Der Iran hinkt beim Wachstum hinterher.

die Investoren zurück. Besonders ausgeprägt war diese Entwicklung in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Entgegen diesem Trend entwickelten sich die ausländischen Direktinvestitionen im

Iran. Diese hatten 2005 mit drei Milliarden US-Dollar zunächst ihren Höhepunkt erreicht und sanken in den Jahren 2006 bis 2008 auf jährlich etwa 1,6 Milliarden US-Dollar. Trotz weltweiter Krise und Sanktionen sind die Direktinvestitionen im Iran 2009 zunächst auf drei Milliarden US-Dollar und 2010 sogar auf 3,6 Milliarden US-Dollar gestiegen. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt bleiben sie indes weit hinter den Investitionen in den meisten Golfstaaten zurück.

Tabelle 1

Nachgewiesene Erdöl-Reserven

In Milliarden Barrel

	1990	2000	2009	2010	Anteil an den Weltreserven in Prozent	Reserven zu Produktion in Jahren
Iran	92,9	99,5	137,0	137,0	9,9	88,4
Irak	100,0	112,5	115,0	115,0	8,3	> 100
Kuwait	97,0	96,5	101,5	101,5	7,3	> 100
Katar	3,0	16,9	25,9	25,9	1,9	45,2
Saudi-Arabien	260,3	262,8	264,6	264,5	19,1	72,4
VAE	98,1	97,8	97,8	97,8	7,1	94,1

Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2011.

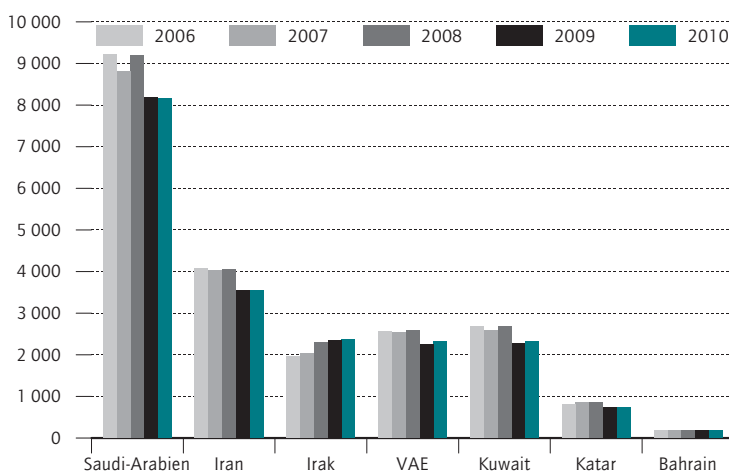
© DIW Berlin 2012

Fast ein Fünftel der Welt-Rohöl-Reserven lagern in Saudi-Arabien.

Abbildung 4

Rohölgewinnung

In 1 000 Barrel pro Tag



Quelle: OPEC, Annual Statistical Bulletin 2010/2011.

© DIW Berlin 2012

Im Zuge der Wirtschaftskrise ging die Rohölförderung etwas zurück.

Erdöl in den Golfstaaten: Erhebliche Reserven, hohe Produktion, steigender Verbrauch

Die Anrainerstaaten des Persischen Golfs verfügen über die Hälfte der weltweit nachgewiesenen Erdölreserven. Das Land mit den weltweit größten Ölreserven ist Saudi-Arabien. Sein Anteil an den Welterdölreserven betrug 2012 19 Prozent (Tabelle 1). Der Iran hatte mit zehn Prozent nach Venezuela die drittgrößten Reserven an konventionellem Erdöl. Seit 2000 haben die nachgewiesenen Erdölreserven im Iran deutlich zugenommen. In den Vereinigten Arabischen Emiraten, im Iran sowie in Saudi-Arabien ist das Verhältnis von Reserven zur Produktion mit 94, 88 beziehungsweise 72 Jahren besonders hoch. Im Irak und in Kuwait sind es sogar über 100 Jahre.

Die weltweite Wirtschaftskrise hat sich nur vorübergehend auf die Gewinnung von Rohöl in den Golfstaaten ausgewirkt. Nachdem die Rohölförderung im Zeitraum von 2006 bis 2008 in der Region leicht gestiegen war (Abbildung 4), fiel sie 2009 in Folge der Wirtschaftskrise in allen Golfstaaten mit Ausnahme des Irak und stagnierte im Folgejahr in den meisten Staaten. Danach sind in fast allen Ländern wieder Steigerungen zu beobachten. Allerdings konnte dennoch das Produktionsniveau von 2008 in der Summe bis Ende 2011 nicht wieder erreicht werden. Gemäß Projektionen der US Energy Information Administration (EIA; Referenzfall) wird die Produktion künftig vor allem in Saudi-Arabien steigen, während sie im Iran etwa auf dem heutigen Niveau verharret.²

Der Verbrauch von Mineralölprodukten ist von 2006 bis 2010 in den betrachteten Ländern im Jahresdurchschnitt zwischen zwei Prozent (Kuwait) und neun Prozent (Katar) gestiegen. Lediglich im Iran und in Kuwait war der Anstieg der Produktion von Mineralölprodukten höher als der Anstieg des inländischen Verbrauchs. Dem Iran ist es dadurch gelungen, seine Nettoimporte von Mineralölprodukten deutlich zu reduzieren; insbesondere die Nettoimporte von Benzin konnten bis 2010 halbiert werden. Der Verbrauch von Erdölprodukten im Iran ist auf Grund des Ende 2010 eingeleiteten Subventionsabbaus weiter gesenkt worden.³

² Energy Information Administration (2011): International Energy Outlook 2011. www.eia.gov/forecasts/ieo/ieo_tables.cfm.

³ Erste Auswirkungen dieser Reform wurden vom IWF positiv beurteilt, vgl. Statement by IMF Article IV: Mission to the Islamic Republic of Iran. Press Release No. 11/228, 13. Juni 2011, www.imf.org/external/np/sec/pr/2011/pr11228.htm.

Golfstaaten weltweit bedeutende Exporteure von Rohöl

Auf die Golfstaaten entfallen etwa 40 Prozent der weltweiten Exporte von Rohöl. Sie sind damit die bei weitem wichtigste Anbietergruppe auf dem Weltrohölmarkt, auch weil sie im Rahmen der OPEC wesentlich zur Angebotssteuerung beitragen und die Produktion kurzfristig (vor allem Saudi-Arabien) und langfristig (vor allem Irak) noch deutlich steigern können. Saudi-Arabien ist der weltweit größte Ölexporteur. Nach Russland auf dem zweiten Rang folgen die Vereinigten Arabischen Emirate auf dem dritten. Der Iran liegt auf Rang vier.

Die Exporte und die Produktion von Rohöl sind in den Golfstaaten stark von der weltweiten Nachfrage geprägt. Bedingt durch die Wirtschaftskrise 2008/2009 waren die Exporte insgesamt rückläufig, danach zogen sie wieder an (Abbildung 5).

Die Golfstaaten haben einen Anteil von nur 15 Prozent an den weltweiten Exporten von Ölprodukten. Die geringe Bedeutung der Produktexporte der Golfstaaten wird noch dadurch relativiert, dass ihr Verbrauch im Jahr 2010 noch immer die Produktion leicht übertraf.⁴ Der Export von Erdölprodukten insbesondere der großen Exportländer Saudi-Arabien und Vereinigte Arabische Emirate ist seit 2006 rückläufig (Abbildung 6). Lediglich Katar hat seine Ausfuhr von Erdölprodukten in den vergangenen Jahren kontinuierlich ausgeweitet, der Iran konnte sie immerhin 2009 und 2010 steigern.

Die wichtigsten Abnehmer für Öl aus dem Mittleren Osten sind Länder im asiatischen und pazifischen Raum (Tabelle 2). An sie werden fast 70 Prozent der Rohölexporte und 74 Prozent der Exporte von Erdölprodukten geliefert. Auf Amerika entfallen Anteile von 12,7 Prozent beziehungsweise 1,8 Prozent. Nach Europa gehen 13,4 Prozent der Rohölausfuhren und sechs Prozent der Ausfuhren von Erdölprodukten. Von den Golfstaaten ist der Iran bei Rohöl vor Saudi-Arabien und dem Irak der größte Lieferant Europas.

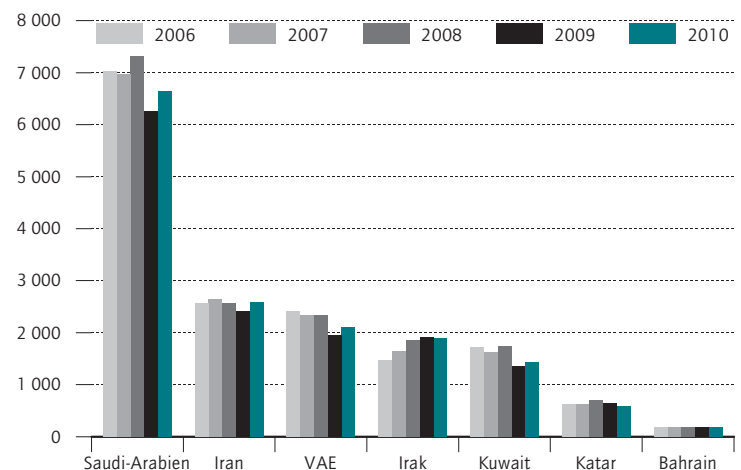
EU-Embargo: Europa vom Ausfall iranischer Lieferungen insgesamt wenig betroffen

Die EU hat am 23. Januar 2012 ein Verbot der Einfuhr von Erdöl und Erdölprodukten aus dem Iran verhängt, das für potentielle Neuverträge ab sofort galt und bei bereits bestehenden Verträgen zum 1. Juli 2012 in Kraft tritt. Im Laufe des Februars bis Mitte März sind die Roh-

Abbildung 5

Rohölexporte

In 1 000 Barrel pro Tag



Quelle: OPEC, Annual Statistical Bulletin 2010/2011.

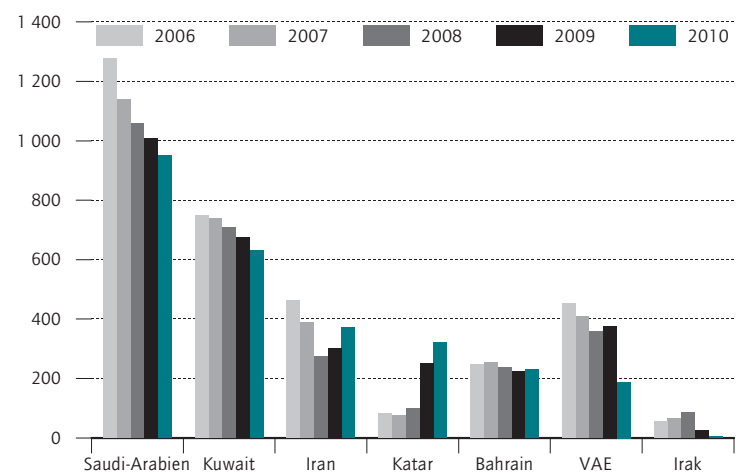
© DIW Berlin 2012

Nach der Wirtschaftskrise zogen die Rohölexporte wieder etwas an.

Abbildung 6

Exporte von Erdölprodukten

In 1 000 Barrel pro Tag



Quelle: OPEC, Annual Statistical Bulletin 2010/2011.

© DIW Berlin 2012

Der Export von Erdölprodukten ist seit 2006 rückläufig.

⁴ Insgesamt haben die Golfstaaten von 2006 bis 2010 ihre Abhängigkeit von Importen reduziert.

Tabelle 2

Exporte von Rohöl und Erdölprodukten der Golfstaaten 2010

In 1 000 Barrel pro Tag

	Europa	Amerika	Asien und Pazifik	Afrika	Mittlerer Osten	Insgesamt
Rohöl						
Iran	878	–	1 571	134	–	2 583
Irak	438	492	951	–	10	1 891
Kuwait	62	127	1 199	42	–	1 430
Katar	–	10	577	–	–	587
Saudi-Arabien	658	1 279	4 260	148	294	6 639
VAE	3	40	2 011	49	1	2 104
Insgesamt	2 039	1 948	10 569	373	305	15 234
Erdölprodukte						
Iran	–	–	367	1	–	368
Irak	–	–	–	–	–	0
Kuwait	49	1	582	–	–	632
Katar	28	4	290	–	–	322
Saudi-Arabien	71	30	552	93	205	951
VAE	1	11	32	6	138	188
Insgesamt	149	46	1 823	100	343	2 461

Quelle: OPEC, Annual Statistical Bulletin 2010/2011.

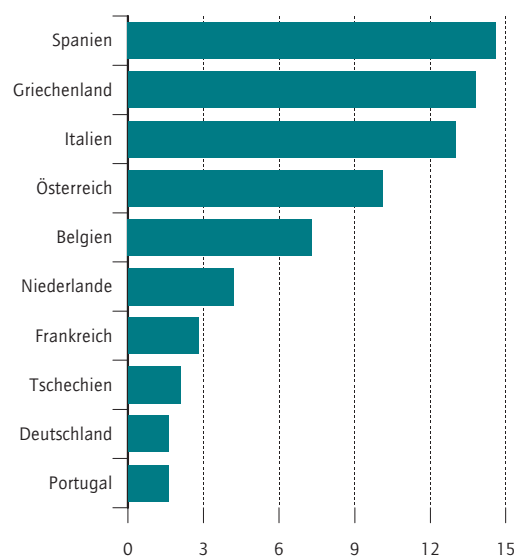
© DIW Berlin 2012

Der größte Teil der Exporte geht in den asiatischen Raum.

Abbildung 7

**Rohölimporte aus dem Iran
in ausgewählte Länder der EU**

Anteil an allen Rohölimporten in Prozent



Quelle: Eurostat.

© DIW Berlin 2012

Für die EU haben Ölimporte aus dem Iran nur eine geringe Bedeutung.

ölpreise auf dem Weltmarkt deutlich gestiegen, was zumindest teilweise auf Spekulationen um den Ausfall iranischer Lieferungen zurückzuführen sein dürfte.

Die Importe aus dem Iran haben für die EU eine relativ geringe Bedeutung: Nur etwa fünf Prozent der gesamten EU-Rohölimporte stammten nach Angaben von Eurostat im Jahr 2010 aus dem Iran. Dabei war die Bedeutung der Rohölimporte aus dem Iran – gemessen an den gesamten Rohölimporten eines Landes – mit 14,6 Prozent in Spanien am größten, gefolgt von Griechenland (13,8 Prozent) und Italien (13 Prozent) (Abbildung 7). In Deutschland lag dieser Anteil bei 1,6 Prozent. Für die EU ist der Import von Erdölprodukten aus dem Iran unbedeutend, da der Anteil am gesamten Import an Erdölprodukten in den einzelnen Ländern weit unter einem Prozent liegt. Die vom Iran im Vorgriff auf die EU-Sanktionen verhängten Lieferkürzungen für einzelne EU-Länder können grundsätzlich durch Importe aus anderen Bezugsquellen ersetzt werden. Mengemäßig ist der Ausfall iranischer Ölimporte für die EU damit zu verkraften. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die iranischen Rohölimporte möglichst durch Rohöle vergleichbarer Qualität (zum Beispiel Saudi-Arabien, Kuwait) ersetzt werden sollten, da europäische Raffinerien teilweise darauf spezialisiert sind. Dies kann übergangsweise schwierig und mit Preiserhöhungen verbunden sein.

Mit der Reduktion der Lieferungen an EU-Länder im Frühjahr 2012 hat der Iran auf das zum 1. Juli in Kraft tretende EU-Ölembargo, von dem etwa ein Drittel seiner Rohölexporten betroffen sein werden, bereits im Vorfeld reagiert.⁵ In den vergangenen Monaten hat der Iran versucht, die Lieferkürzungen nach Europa auszugleichen, indem er seine Lieferungen an asiatische Abnehmer erhöhte. Mögliche Abnehmer sind hierbei insbesondere Indien und China, die sich – wie auch die Türkei – dem Embargo nicht anschließen.⁶ Teilweise fordern diese Länder für zusätzliche iranische Lieferungen Preisnachlässe. Diese wirken tendenziell den nach der Ankündigung des Embargos zu beobachtenden Preiserhöhungen auf dem Weltmarkt entgegen, von denen auch der Iran profitiert hat.

⁵ Vgl. zu möglichen Wirkungen des EU-Embargos auch Stevens, P. (2012): An Embargo on Iranian Crude Oil Exports: How Likely and With What Impact? Chatham House, EEDP Programme Paper 2012/11, www.chathamhouse.org/publications/papers/view/181293.

⁶ Das EU-Embargo umfasst auch die europäischen Versicherungen für Öltanker, die iranisches Rohöl transportieren. Da weltweit maritime Transportversicherungen vor allem von westlichen Versicherern übernommen werden, sind auch die Tankertransporte an asiatische Abnehmer betroffen. Vgl. Reuters: Exclusive: China mulls guarantees for ships carrying Iran oil. www.reuters.com/article/2012/04/30/us-china-iran-idUSBRE83T03Y20120430.

Insgesamt kann es dem Iran mit der Umlenkung der Ölexporte nach Asien gelingen, die direkten Wirkungen des EU-Embargos abzumildern. Daher sind Sanktionsmaßnahmen zur Einschränkung des Zahlungsverkehrs eher erfolversprechend, zumal sie auf Beschlüssen der UN basieren. An diese fühlt sich unter anderem auch die Türkei gebunden, die allerdings in den letzten Monaten zunehmend zu einer Drehscheibe des Handels mit dem Iran geworden ist.

Auswirkungen einer Sperrung der Meerenge von Hormus gravierend

Der Iran hat gedroht, bei einem Angriff die Straße von Hormus zu sperren. Angesichts der Interessen der anderen Golfstaaten und der starken militärischen Präsenz der USA in der Region erscheint es zweifelhaft, dass der Iran zu einer dauerhaften Blockade der Straße von Hormus tatsächlich in der Lage wäre. Sollte es dennoch dazu kommen, würde auch ein Teil der Exporte der übrigen Golfstaaten ausfallen. Die Meerenge von Hormus zwischen dem Iran und Oman verbindet den Persischen Golf mit dem Golf von Oman, der zum Indischen Ozean gehört. Sie ist an der engsten Stelle 34 Kilometer breit, für die Schifffahrt stehen davon jeweils über drei Kilometer für beide Richtungen zur Verfügung. Im Jahr 2011 wurde sie im Tagesdurchschnitt von 14 beladenen Großtankern passiert. Insgesamt wurden im Jahr 2011 knapp 17 Millionen Barrel pro Tag (million barrel per day: mbd) Rohöl durch diesen Engpass transportiert. Das war über ein Drittel des maritimen Rohölhandels und immerhin ein Fünftel des Weltölverbrauchs.⁷

Eine Sperrung dieser Verkehrsader hätte zur Folge, dass ein großer Teil der Ölexporte der Anrainerstaaten des Persischen Golfs nicht mehr an die Verbraucher außerhalb dieser Region geliefert werden könnte. Ein Ausgleich des so reduzierten Ölangebots durch erhöhte Ölgewinnung in anderen Regionen ist kurzfristig nur zu einem geringen Teil möglich. Das liegt zum einen daran, dass die außerhalb der OPEC vorhandenen Produktionskapazitäten wegen der hohen Preise derzeit voll ausgeschöpft werden, so dass dort merkliche Produktionssteigerungen kurzfristig nicht möglich sind. Zum anderen verfügen derzeit auch die OPEC-Länder nur über relativ geringe Reservekapazitäten, die darüber hinaus überwiegend im Persischen Golf liegen. So lag Anfang des zweiten Quartals 2012 die Produktionskapazität der OPEC 3,3 mbd über ihrer Rohölgewinnung.

⁷ Vgl. U.S. Energy Information Administration (4. Januar 2012): The Strait of Hormuz is the world's most important oil transit chokepoint.

Tabelle 3

Rohölgewinnung und Produktionskapazitäten

In Millionen Barrel pro Tag

	Produktion	Produktionskapazität ¹	Reservekapazität
	März 2012	2. Quartal 2012	Kapazität - Produktion
Iran	3,30	3,51	0,21
Irak	2,84	3,01	0,17
Kuwait ²	2,72	2,84	0,12
Katar	0,81	0,86	0,05
Saudi-Arabien ²	10,00	11,88	1,88
VAE	2,65	2,75	0,10
Zusammen	22,32	24,85	2,53
OPEC insgesamt	31,43	34,68	3,25

¹ Entspricht dem Produktionsniveau, das innerhalb von 30 Tagen erreicht und mindestens 90 Tage aufrecht erhalten werden kann.

² Einschließlich der Hälfte der Produktion in der neutralen Zone.

Quelle: IEA, Oil Market Report, 12. April 2012, 16.

© DIW Berlin 2012

Die Reservekapazitäten der OPEC liegen hauptsächlich in Saudi-Arabien.

Davon entfielen 1,9 mbd auf Saudi-Arabien und etwa 0,6 mbd auf die übrigen Golf-Staaten (Tabelle 3).⁸

Bei einer Sperrung der Straße von Hormus könnte eine Umleitung der Rohöltransporte über alternative Transportrouten zur Versorgung der Märkte beitragen.⁹ Vor allem in Saudi-Arabien und im Irak sind Infrastrukturen vorhanden, die für den Transport zusätzlicher Mengen von Rohöl zu den Märkten in Übersee genutzt werden könnten. Die wichtigste derzeit aktive Transportroute in Saudi-Arabien ist die 1200 Kilometer lange Rohölleitung (Petroline), die von Abqaiq im Osten des Landes nach Yanbu am Roten Meer führt. Sie besteht aus zwei Leitungssträngen (56 und 48 Inch). Die Transportkapazität dieser Leitung soll insgesamt über fünf mbd betragen, davon wird nur knapp die Hälfte genutzt.¹⁰ Neben dieser Leitung verlaufen durch Saudi-Arabien mehrere stillgelegte Leitungen, die allerdings nicht kurzfristig reaktiviert werden könnten. So verbindet die Pipeline

⁸ Vgl. IEA: Oil Market Report. 18. Januar 2012, 16. Der Iran verfügt über keine nennenswerten Reservekapazitäten.

⁹ Anders ist dies im Falle von Flüssiggas (LNG), für dessen Transport aus der Golfregion keine Alternativen bestehen. Katar ist mit 25 Prozent der weltweit größte Produzent von LNG, die VAE tragen mit drei Prozent zum Angebot bei. Hauptabnehmer aus Katar und den VAE sind asiatische Länder sowie innerhalb Europas England, Spanien, Italien und Belgien. Vgl. Erste Group Research (2012): Nothing to Spare – Ölreport 2012. 5. März 2012.

¹⁰ Vgl. Webster, M., Ewell, J. (Center for Naval Analysis), Brito, D. (Department of Economics, Rice University), Noer, J. (Center for Naval Analysis): An Alternative Pipeline Strategy in the Persian Gulf. Die Kapazität dieser Leitung könnte durch Erhöhung des Pumpdrucks auf über acht mbd erhöht werden.

Kasten

Sanktionen gegen den Iran

Die USA haben gegen den Iran schon seit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran im November 1979 Sanktionen verhängt, die in den 90er Jahren verschärft wurden, um den Iran am Bau von Atomwaffen zu hindern. Aufgrund dieser Sanktionen war es US-Unternehmen und ihren ausländischen Tochtergesellschaften verboten, Geschäfte mit dem Iran zu machen. Mit dem *Iran-Libyan Sanctions Act* (ILSA) vom August 1996¹ wurden die Sanktionen auch auf Unternehmen mit Sitz in anderen Ländern ausgedehnt, die jährlich mehr als 40 Millionen Dollar (seit August 1997 nur noch 20 Millionen Dollar) in den iranischen Öl- und Erdgassektor investieren. Im August 2001 wurde der ILSA um fünf Jahre verlängert. Er wurde im September 2006 durch den *Iran Sanctions Act* (ISA) ersetzt, der nicht mehr für Libyen gilt.

Vermutlich hat die Drohung mit ILSA-Sanktionen durchaus viele Projekte – vor allem amerikanischer Unternehmen – bereits im Vorfeld verhindert oder zumindest deren Realisierung verzögert. Europäische (einschließlich russischer), aber auch asiatische Unternehmen haben mehrere Projekte realisiert, deren Volumina die zulässigen Grenzen nach ILSA überschreiten, ohne dass entsprechende Sanktionen umgesetzt worden sind. Ausdrücklich von Sanktionen ausgenommen wurde im Mai 1998 das von TotalFinaElf (Frankreich), Gazprom (Russland) und Petronas (Malaysia) geführte Projekt zur Erschließung des South Pars Gasfeldes. Begründet wurde die Freistellung dieses Projektes auch mit der verbesserten Zusammenarbeit zwischen den USA, der EU und Russland bei der Verfolgung des eigentlichen Ziels von ILSA, nämlich den Iran daran zu hindern, sich die Fähigkeit zum Bau von Massenvernichtungswaffen zu beschaffen und den Terrorismus zu unterstützen.

¹ CRS Report for Congress: The Iran-Libya Sanctions Act. Washington, überarbeitet 26. April 2006.

Diese Maßnahmen haben den Iran nicht davon abbringen können, die Nuklearindustrie und insbesondere die Anreicherung von Uran weiter voranzutreiben. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat daraufhin in der zweiten Jahreshälfte 2006 (Resolution 1696 vom 31. Juli 2006 und Resolution 1737 vom 23. Dezember 2006) und Anfang 2007 (Resolution 1747 vom 24. März 2007) Wirtschaftssanktionen gegen den Iran verhängt. Der Iran weigert sich jedoch beharrlich, die Anreicherung und Wiederaufarbeitung von Uran auszusetzen. Mit der Resolution 1803 des Sicherheitsrates vom 3. März 2008 wurden die Sanktionsmaßnahmen insbesondere auf die Überwachung von Transaktionen mit iranischen Banken erweitert, die in der Resolution 1929 vom 9. Juni 2010 noch ausgedehnt wurde.

In der EU sind die Vorgaben des Sicherheitsrates durch die Verordnung (EG) Nr. 423/2007 umgesetzt worden. Durch Verordnung (EU) Nr. 961/2010 wurden die Sanktionen nochmals verschärft. Diese Verordnung enthält stärker restriktive Maßnahmen in Bezug auf Güter und Technologien, die zivil und militärisch genutzt werden können (dual use), sowie zusätzliche Restriktionen für die Lieferung von Ausrüstungen, die zur internen Repression verwendet werden können. Weiterhin sieht die Verordnung Beschränkungen für den Handel mit Schlüsselausrüstung für die iranische Öl- und Gasindustrie sowie für Geldtransfers und Finanzdienstleistungen an Personen, Organisationen und Einrichtungen im Iran vor.²

Die EU hat Anfang 2012 ihre Sanktionen über die UN-Vorgaben hinaus verschärft. Die Außenminister haben ein Ölembargo gegen den Iran beschlossen, das ab 1. Juli 2012 gelten soll. Außerdem wurde beschlossen, die Konten der iranischen Zentralbank in der EU einzufrieren.

² Vgl. Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle: Merkblatt Außenwirtschaftsverkehr mit dem Iran. Eschborn, 27. Oktober 2010

IPSA₁ Ölfelder im Süden des Iraks mit der Petroline (etwa in Höhe von Riad). In einem zweiten Bauabschnitt (IPSA₂) ist zusätzlich eine Leitung parallel zur Petroline nach Ras al Muajjis südlich von Yanbu zum Roten Meer verlegt worden. Diese Leitung mit einer Kapazität von 1,6 mbd ist im August 1990 aufgrund des UN-Embargos gegen Ölexporte des Iraks von Saudi-Arabien stillgelegt und bis heute nicht reaktiviert worden. Eine teilweise Umleitung von Rohöl wird möglich sein, wenn die derzeit im Bau befindliche Rohölleitung von Abu Dhabi nach Fujairah im Golf von Oman mit einer Kapazität von 1,5 mbd eröffnet wird und damit die Straße von Hor-

mus umgangen werden kann. Die 1950 gebaute Transarabian Pipeline (Tapline), die Rohöl zum Mittelmeerhafen Az Zahrani im Libanon (und nach Israel) transportieren sollte, wurde nach dem Beginn des Bürgerkriegs im Libanon in den 70er Jahren geschlossen.

Aus dem Norden des Irak verläuft die Kirkuk-Ceyhan-Rohölleitung in die Türkei mit einer Kapazität von 1,6 mbd. Die Kapazität dieser Leitung soll entsprechend einer Vereinbarung mit der türkischen Regierung um eine mbd erhöht werden. Die volle Nutzung dieser Kapazität setzt allerdings voraus, dass die innerirakischen

Transportkapazitäten (Iraq Strategic Pipeline) ausgebaut werden und so mehr Öl aus dem Süden des Iraks in den Norden transportiert werden kann. Eine Leitung über Syrien in den Libanon (Irak-Syrien-Pipeline) mit einer Kapazität von 0,7 mbd ist seit 2003 stillgelegt. Zwischen Irak und Syrien gab es Gespräche zur Reaktivierung dieser Leitung und zum Bau weiterer Transportrouten. Aufgrund der aktuellen Unruhen in Syrien und der anhaltenden Instabilität im Irak ist eine baldige Umsetzung solcher Projekte aber unwahrscheinlich. Insgesamt können die Ölexporte demnach kurzfristig nur über die Petroline und über die Kirkuk-Ceyhan-Pipeline umgeleitet werden.

Bei einer Sperrung der Meerenge von Hormus müssten die kurzfristig ausfallenden Lieferungen vor allem durch die in den Verbraucherländern vorhandenen Ölreserven kompensiert werden. Die Mitgliedsländer der IEA haben sich verpflichtet, mindestens Bestände zu halten, die der Menge ihrer gesamten Nettoimporte von 90 Tagen entspricht.¹¹ Derzeit reichen die Lagerbestände der IEA deutlich länger (im 3. Quartal 2011 einschließlich Industrielager 147 Tage). Würde aufgrund einer Blockade der Straße von Hormus etwa ein Drittel der Ölimporte der IEA ausfallen (dies entspricht knapp zehn mbd), würden diese Reserven rechnerisch ausreichen, um den Verbrauch in den Mitgliedsländern der IEA für neun Monate auf dem aktuellen Niveau aufrechterhalten zu können.¹² Ein solcher Zeitraum ist für einen starken Ausbau der Transportinfrastruktur im Mittleren Osten

zu kurz. Zusätzlich zur Freigabe der Ölbestände wären in den Industriestaaten also auch drastische Ölsparmaßnahmen notwendig, um die Folgen der Krise – zum Beispiel stark steigende Ölpreise – zu mildern.

Fazit

Das am 1. Juli 2012 in Kraft tretende Embargo der EU gegen Ölimporte aus dem Iran wird nur wenig wirksam sein. Da vor allem Russland, China, Indien und die Türkei die über die UN-Sanktionen hinausgehenden Maßnahmen der EU – also auch das Ölembargo – ablehnen, dürfte der Iran weiterhin ausreichend Absatzwege für sein Öl finden. Der Iran muss an asiatische Abnehmer zwar offenbar Preisnachlässe für zusätzliche Öllieferungen gewähren. Er dürfte aber bereits zuvor von den nach der Ankündigung des Embargos gestiegenen Weltmarktpreisen für Rohöl profitiert haben.

Für Europa ist der Ausfall iranischer Exporte von Erdöl zu verkraften, nicht jedoch der Ausfall der gesamten Exporte aus dem Persischen Golf im Falle einer Sperre der Meerenge von Hormus. Die Lieferungen aus der Golfregion könnten aufgrund fehlender Transportkapazitäten kurzfristig nicht auf anderen Wegen zu den Abnehmern gelangen. Ein Ersatz der ausgefallenen Importe könnte rechnerisch durch den Abbau von Lagerbeständen in den IEA-Ländern für einen Zeitraum von neun Monaten überbrückt werden. In einem solchen Fall ist ein drastischer Anstieg der Ölpreise zu erwarten.

¹¹ Aktuell reichen die Rohölbestände der OECD-Länder für 92 Tage. Vgl. IEA: Oil Market Report. 18. Januar 2012, 61.

¹² Angenommen wird, dass bei einer Blockade der Straße von Hormuz von der insgesamt ausfallenden Menge (17 mbd) etwa fünf mbd über Pipelines umgeleitet beziehungsweise durch Mehrproduktion ersetzt werden können. Zudem wird angenommen, dass ein Großteil des Ausfalls (zehn mbd) IEA-Mitgliedsländer betrifft und durch diese zu kompensieren sind.

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin am DIW Berlin | hengerer@diw.de

JEL: F13, F51

Keywords: Persian Gulf oil reserves, production and exports, EU oil embargo, Strait of Hormuz



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist
Vorstandsvorsitzender des DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors
wieder.

Rentenversicherungspflicht ausweiten

Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Beschäftigung in Deutschland, den viele der Agenda 2010 zuschreiben, wird als dunkle Seite immer wieder die Ausweitung des Niedriglohnsektors und prekärer Beschäftigungsverhältnisse genannt. Dabei wird vergessen, dass untypische Arbeit keineswegs neu ist. Hinter prekärer Beschäftigung stehen vielmehr uralte Probleme des deutschen Sozialstaats. Eine grundlegende Reform ist niemals gelungen. Aber die Zeichen mehren sich, dass aufgrund der Vielzahl der Probleme in der nächsten Legislaturperiode eine größere Reform gelingen könnte.

Zu den nur historisch erklärbaren Besonderheiten der deutschen sozialen Sicherung gehört die Sondersversorgung der Beamten. Diese sind mit einem eigenen System der Kranken- und Altersversorgung abgesichert. Und trotz einer hundertprozentigen Absicherung zahlen Beamte nicht in die Arbeitslosenversicherung ein. Immerhin führt die Beamtenversorgung nicht zu Problemen der sozialen Sicherung im Alter. Die Versorgung ist immer noch recht üppig im Vergleich zur Lage übriger Arbeitnehmer. Ganz anders ist das bei der zweiten großen Gruppe, die nicht in die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung einbezogen ist: den Selbständigen.

Warum Selbständige nicht gesetzlich versichert sind (wie dies im Ausland oft der Fall ist), ist nur historisch zu erklären. Denn es ist keineswegs so, dass Selbständigkeit vor Problemen bei der Alters- und Krankenversorgung schützt. Vielmehr gab es schon immer Selbständige und deren Hinterbliebene, die im Alter Sicherungsprobleme hatten. Und Selbständigkeit ist keineswegs dauerhaft. Immer mehr Menschen sind – teilweise aus schierem Mangel an Alternativen – nur für einige Jahre selbständig. Sie können später auf kein großes Vermögen zurückgreifen, und die versicherungslosen Jahre verstärken im Alter Armutsprobleme. Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen lässt deswegen zu Recht prüfen, ob und wie eine Rentenversicherungspflicht für Selbständige zu realisieren wäre.

Ein weiteres Phänomen von Versicherungsfreiheit gibt es im Rahmen ansonsten wohlausgebauter sozialer Sicherungssysteme nur in Deutschland und Österreich: Mini-Jobs. Wer bis zu 400 Euro im Monat verdient, ist nicht sozialversichert, erwirbt also keine Sicherungsansprüche. Außerdem entfällt die persönliche Einkommensteuerpflicht. Mini-Jobber schätzen, dass sie brutto für netto Geld auf die Hand bekommen. Der Arbeitgeber zahlt pauschal, ohne dass der Mini-Jobber einen Sicherungsanspruch erwirbt.

Wer längere Zeit ausschließlich einem Mini-Job nachgeht, der wird im Alter mit Sicherheit arm sein. Das sind zwar keineswegs Millionen, aber etliche Hunderttausende. Im Lauf der Jahre wird sich dies zu einem Akzeptanzproblem der Alterssicherung auswachsen. Außerdem ist nur schwer einzusehen, warum ein Privathaushalt, der ein höheres Einkommen hat, die progressive Einkommensteuer umgehen kann. So werden gut verdienende Haushalte, in denen Ehegatten und Kinder nebenbei jobben, faktisch begünstigt.

Fasst man zusammen: Selbst wenn es nicht gelingen wird, das Sondersystem der Beamtenversorgung zu reformieren, sollte nicht nur über die Sozialversicherungspflicht Selbständiger nachgedacht werden, sondern auch über eine Reform der Mini-Jobs. Grundsätzlich sollte für alle Genannten eine Versicherungspflicht gelten; Übergangsregelungen können die damit verbundenen Belastungen abmildern.

Wer auf einen Mini-Job angewiesen ist, der wird von der normalen Einkommensteuerpflicht nicht belastet. Außerdem könnte der Gesetzgeber für den unteren Einkommensbereich über Steuerentlastungen nachdenken. Im Gegenzug ist im oberen Bereich noch Spielraum für eine Erhöhung der Belastung. Höhere Steuereinnahmen werden auch nötig sein, um im Zug des demographischen Wandels (also der Alterung der Gesellschaft) mit Hilfe des Bundeszuschusses das Niveau der Altersversorgung für die Mehrheit der Beschäftigten erkennbar oberhalb der Armutsgrenze zu halten.